

Leistungsbeschreibung

Betriebsärztliche und arbeitsmedizinische Betreuung der Kreisverwaltung des Landkreises Gießen

Anlage zum Vertrag über die Wahrnehmung betriebsärztlicher Aufgaben

1. Ausgangssituation und Rechtsgrundlagen

1.1 Gegenstand der Leistung

Gegenstand dieser Leistungsbeschreibung ist die betriebsärztliche und arbeitsmedizinische Betreuung der Kreisverwaltung des Landkreises Gießen. Die Betreuung umfasst sämtliche Organisationseinheiten, Dienststellen und Standorte der Kreisverwaltung.

Die Leistung gliedert sich in die betriebsärztliche Grundbetreuung nach der DGUV Vorschrift 2 sowie in betriebsspezifische Leistungen, die gesondert beauftragt und vergütet werden (insbesondere arbeitsmedizinische Vorsorgen, Eignungsbeurteilungen und Einstellungsuntersuchungen).

1.2 Beschäftigtenzahlen

Für das Kalenderjahr 2027 wird von insgesamt ca. 1.180 Beschäftigten (Vollzeitäquivalente – VZÄ) ausgegangen. Die Zuordnung zu den Betreuungsgruppen nach Anlage 2 der DGUV Vorschrift 2 stellt sich derzeit wie folgt dar:

Betreuungsgruppe	Beschäftigte (VZÄ)	Einsatzzeit/Jahr
Gruppe I (erhöhte Gefährdung)	derzeit keine	–
Gruppe II (mittlere Gefährdung)	ca. 459,5	ca. 230 Std.
Gruppe III (geringe Gefährdung)	ca. 719,75	ca. 144 Std.
Gesamt	ca. 1.180	ca. 374 Std.

Die Beschäftigtenzahlen und die daraus resultierenden Einsatzzeiten werden jährlich durch den Auftraggeber aktualisiert und dem Auftragnehmer spätestens zum 31. Januar des jeweiligen Kalenderjahres mitgeteilt. Änderungen der Beschäftigtenzahlen führen zu einer entsprechenden Anpassung der Vergütung gemäß den vertraglichen Regelungen.

1.3 Rechtsgrundlagen

Der Leistungserbringung liegen insbesondere folgende Rechtsgrundlagen in der jeweils geltenden Fassung zugrunde:

- Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (Arbeitssicherheitsgesetz – ASiG)
- Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG), insbesondere §§ 5, 6 (Gefährdungsbeurteilung und Dokumentation)
- DGUV Vorschrift 2 „Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit“ nebst Anlagen

- Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge (ArbMedVV) nebst Anhang
- Arbeitsmedizinische Regeln (AMR), insbesondere AMR 2.1 (Fristen für die Vorsorgekartei), AMR 3.3 (Ganzheitliche arbeitsmedizinische Vorsorge unter Berücksichtigung aller Arbeitsbedingungen und arbeitsbedingten Gefährdungen)
- DGUV Grundsätze für arbeitsmedizinische Untersuchungen (als Orientierungshilfe)
- Mutterschutzgesetz (MuSchG)
- Sozialgesetzbuch IX (SGB IX), insbesondere § 167 Abs. 2 (Betriebliches Eingliederungsmanagement)
- Biostoffverordnung (BioStoffV)
- Gefahrstoffverordnung (GefStoffV)
- Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV)
- Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge (ArbMedVV)
- Infektionsschutzgesetz (IfSG), soweit einschlägig

Der Auftragnehmer hat die Leistungen stets nach dem aktuellen Stand der arbeitsmedizinischen Erkenntnisse und unter Beachtung der jeweils geltenden Rechtsvorschriften zu erbringen. Änderungen der gesetzlichen Grundlagen während der Vertragslaufzeit sind ohne gesonderte Aufforderung zu berücksichtigen.

2. Anforderungen an den Auftragnehmer

2.1 Fachliche Qualifikation

Mit der Durchführung der Leistungen dürfen ausschließlich Personen betraut werden, die die Voraussetzungen nach § 4 ASiG und § 3 DGUV Vorschrift 2 erfüllen. Der Auftragnehmer stellt insbesondere sicher:

- a) Einsatz eines Facharztes für Arbeitsmedizin oder eines Arztes mit der Zusatzbezeichnung Betriebsmedizin gemäß § 4 ASiG.
- b) Benennung eines festen, verantwortlichen Betriebsarztes als zentraler Ansprechpartner für die Kreisverwaltung (namentliche Benennung gegenüber dem Auftraggeber vor Leistungsbeginn).
- c) Sicherstellung einer qualifizierten Vertretung bei Abwesenheit des benannten Betriebsarztes. Die Vertretung muss ebenfalls die Qualifikationsanforderungen nach Buchstabe a) erfüllen und ist dem Auftraggeber namentlich mitzuteilen.
- d) Im Falle eines dauerhaften Wechsels des verantwortlichen Betriebsarztes ist der Auftraggeber unverzüglich zu informieren. Der Auftraggeber hat das Recht, den vorgeschlagenen Nachfolger abzulehnen, sofern berechtigte Gründe vorliegen.

2.2 Erreichbarkeit

Der Auftragnehmer gewährleistet folgende Erreichbarkeit:

- a) Telefonische Erreichbarkeit eines fachkundigen Ansprechpartners montags bis freitags von 08:00 Uhr bis 16:00 Uhr (außer an gesetzlichen Feiertagen in Hessen).
- b) Erreichbarkeit per E-Mail mit einer Reaktionszeit von maximal zwei Werktagen.

- c) In dringenden Fällen (z. B. Verdacht auf arbeitsbedingte Erkrankungen, Arbeitsunfälle mit gesundheitlichen Fragestellungen, akute Gefährdungssituationen) muss ein Untersuchungs- oder Beratungstermin innerhalb von zwei Werktagen angeboten werden können.

2.3 Leistungsort und Ausstattung

Die arbeitsmedizinischen Dienstleistungen sind grundsätzlich in Gießen zu erbringen. Der Auftragnehmer stellt hierfür Folgendes bereit:

- a) Geeignete Praxisräumlichkeiten in Gießen, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar und barrierefrei zugänglich sind.
- b) Die für die vertragsgegenständlichen Untersuchungen erforderlichen medizinischen Geräte und Sachmittel in betriebsbereitem Zustand.
- c) Alle arbeitsmedizinischen Untersuchungen (Vorsorgen, Eignungsbeurteilungen, Einstellungsuntersuchungen) werden grundsätzlich in den Räumlichkeiten des Auftragnehmers durchgeführt. Ausnahmen hiervon gelten für die Bildschirmarbeitsplatz-Angebotstage (vgl. Ziffer 4.5) sowie für Begehungen und Beratungen vor Ort.
- d) Beratungen, Begehungen und Teilnahme an Sitzungen können nach Abstimmung auch in den Räumlichkeiten des Auftraggebers erfolgen.

3. Leistungsumfang der betriebsärztlichen Grundbetreuung

Die Grundbetreuung umfasst die in Anlage 2 Abschnitt 2 der DGUV Vorschrift 2 beschriebenen Aufgabenfelder. Die nachfolgende Konkretisierung beschreibt die vom Auftragnehmer geschuldeten Leistungen für die Kreisverwaltung des Landkreises Gießen.

3.1 Unterstützung bei der Gefährdungsbeurteilung

Der Betriebsarzt wirkt bei der Beurteilung der Arbeitsbedingungen gemäß § 5 ArbSchG mit. Dies umfasst insbesondere:

- a) Fachliche Beratung bei der Erstellung und Aktualisierung der Gefährdungsbeurteilungen, einschließlich physischer, chemischer, biologischer und psychischer Belastungsfaktoren.
- b) Eigenständige arbeitsmedizinische Bewertung der festgestellten Gefährdungen und Ableitung von Schutzmaßnahmen.
- c) Mitwirkung bei der Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen nach § 5 Abs. 3 Nr. 6 ArbSchG, insbesondere durch Beratung zur Auswahl geeigneter Erhebungsmethoden, Begleitung der Durchführung und Unterstützung bei der Ableitung von Maßnahmen.
- d) Überprüfung der Wirksamkeit festgelegter Schutzmaßnahmen.

3.2 Begehungen der Arbeitsstätten

Der Betriebsarzt führt regelmäßige Begehungen der Arbeitsstätten durch. Für die Durchführung gelten folgende Vorgaben:

- a) Es sind mindestens [Anzahl – vom AG zu ergänzen] Begehungen pro Kalenderjahr durchzuführen, verteilt auf die verschiedenen Standorte und Organisationseinheiten der Kreisverwaltung.

- b) Die Begehungen erfolgen in der Regel gemeinsam mit der Fachkraft für Arbeitssicherheit, der Arbeitsschutzkoordination und – sofern gewünscht – dem Personalrat.
- c) Festgestellte Mängel und Gefährdungen sind zu dokumentieren und dem Auftraggeber unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 10 Werktagen nach der Begehung, mit konkreten Handlungsempfehlungen schriftlich mitzuteilen.
- d) Die Begehungstermine sind mit dem Auftraggeber mindestens vier Wochen im Voraus abzustimmen. Zu Beginn eines jeden Kalenderjahres soll ein Begehungsplan für das gesamte Jahr vereinbart werden.

3.3 Beratung des Arbeitgebers und der Beschäftigten

Der Betriebsarzt berät den Arbeitgeber, die Führungskräfte und die Beschäftigten insbesondere zu folgenden Themen:

- a) Planung und Gestaltung von Arbeitsstätten, Einrichtung und Änderung von Arbeitsplätzen.
- b) Beschaffung und Einführung von Arbeitsmitteln und persönlicher Schutzausrüstung.
- c) Arbeitshygienische, ergonomische und arbeitsphysiologische Fragestellungen.
- d) Arbeitszeit- und Pausengestaltung.
- e) Fragen des Arbeitsplatzwechsels, der Wiedereingliederung und des betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM) nach § 167 Abs. 2 SGB IX.
- f) Organisation der Ersten Hilfe im Betrieb.
- g) Gesundheitsgefahren am Arbeitsplatz und Maßnahmen der Prävention.
- h) Mutterschutzrechtliche Fragestellungen (Beurteilung der Arbeitsbedingungen nach § 10 MuSchG).

3.4 Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM)

Der Betriebsarzt unterstützt den Auftraggeber bei der Durchführung des betrieblichen Eingliederungsmanagements nach § 167 Abs. 2 SGB IX. Dies umfasst insbesondere:

- a) Arbeitsmedizinische Beratung im Rahmen von BEM-Gesprächen auf Wunsch der betroffenen Beschäftigten.
- b) Beurteilung der gesundheitlichen Leistungsfähigkeit in Bezug auf den konkreten Arbeitsplatz.
- c) Erarbeitung von Empfehlungen zur stufenweisen Wiedereingliederung, Arbeitsplatzanpassung oder Umsetzung.

Die Teilnahme an BEM-Gesprächen setzt das Einverständnis des betroffenen Beschäftigten voraus. BEM-Beratungen gehören zur Grundbetreuung, soweit sie im Rahmen der vereinbarten Einsatzzeiten erbracht werden; darüber hinausgehende Leistungen werden als betriebsspezifische Leistungen gesondert beauftragt und vergütet.

3.5 Mitwirkung im Arbeitsschutzausschuss (ASA)

Der Betriebsarzt nimmt regelmäßig an den Sitzungen des Arbeitsschutzausschusses nach § 11 ASiG teil. Im Einzelnen:

- a) Teilnahme an mindestens vier ASA-Sitzungen pro Kalenderjahr (vierteljährlicher Turnus).

- b) Vorbereitung eines arbeitsmedizinischen Sachbeitrags für jede Sitzung (z. B. aktuelle arbeitsmedizinische Themen, Auswertung der Vorsorgeergebnisse in anonymisierter Form, Begehungsergebnisse).
- c) Mitwirkung bei der Erarbeitung und Nachverfolgung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes.

3.6 Verhältnis- und Verhaltensprävention

Der Betriebsarzt unterstützt den Auftraggeber bei grundlegenden Maßnahmen der Verhältnis- und Verhaltensprävention:

- a) Ermittlung und Beurteilung bestehender Arbeitsbedingungen hinsichtlich Arbeitsmitteln, Arbeitsstoffen, Arbeitsplatzgestaltung, Arbeitsumgebung, Arbeitsverfahren und Arbeitsorganisation.
- b) Ermittlung und Bewertung gesundheitsförderlicher Faktoren in den Arbeitssystemen (z. B. soziale Unterstützung, Handlungsspielräume).
- c) Beratung zur Gestaltung von Unterweisungen zu arbeitsmedizinischen Themen.
- d) Mitwirkung bei betrieblichen Gesundheitsförderungsmaßnahmen nach Abstimmung mit dem Auftraggeber.

3.7 Analyse arbeitsbedingter Erkrankungen

Der Betriebsarzt unterstützt den Auftraggeber bei der Analyse und Bewertung arbeitsbedingter Erkrankungen sowie bei der Aufklärung gesundheitlicher Ereignisse mit Bezug zur Arbeit. Dies umfasst:

- a) Auswertung von Erkrankungsschwerpunkten (soweit dem Betriebsarzt Daten in anonymisierter Form vorliegen).
- b) Ableitung von Präventionsmaßnahmen.
- c) Beratung zu Maßnahmen bei arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren.

4. Betriebsspezifische Betreuung

Über die Grundbetreuung hinaus erbringt der Auftragnehmer folgende Leistungen, die gesondert beauftragt und vergütet werden.

4.1 Arbeitsmedizinische Vorsorgen nach ArbMedVV

Die arbeitsmedizinischen Vorsorgen erfolgen gemäß den Vorgaben der Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge (ArbMedVV) unter Berücksichtigung der Arbeitsmedizinischen Regeln (AMR), insbesondere der AMR 3.3. Zu unterscheiden sind:

- a) Pflichtvorsorgen (§ 4 ArbMedVV): vom Arbeitgeber zu veranlassen; Voraussetzung für die Ausübung der jeweiligen Tätigkeit.
- b) Angebotsvorsorgen (§ 5 ArbMedVV): vom Arbeitgeber anzubieten; Teilnahme durch die Beschäftigten freiwillig.
- c) Wunschvorsorgen (§ 5a ArbMedVV): auf Wunsch der Beschäftigten zu ermöglichen.

Der Auftragnehmer beachtet, dass arbeitsmedizinische Vorsorge und Eignungsuntersuchungen nach § 3 Abs. 3 ArbMedVV grundsätzlich getrennt durchzuführen sind. Die Beschäftigten sind vor jeder Vorsorge über Zweck, Inhalt und die Freiwilligkeit körperlicher oder klinischer Untersuchungen aufzuklären.

Für das Kalenderjahr 2027 wird von folgendem Bedarf ausgegangen (Orientierungswerte für die Kalkulation):

Leistungsart	Geschätzte Anzahl/Jahr
Pflichtvorsorgen	ca. 240
Angebotsvorsorgen	ca. 530
Wunschvorsorgen	ca. 5 (nach Bedarf)

Die tatsächliche Anzahl kann jährlich variieren. Die genannten Zahlen dienen ausschließlich der Orientierung und sind nicht als Mindest- oder Höchstmengen zu verstehen.

4.2 Eignungsbeurteilungen

Eignungsbeurteilungen dienen der Feststellung, ob ein Beschäftigter den gesundheitlichen Anforderungen einer bestimmten Tätigkeit genügt. Sie werden ausschließlich auf der Grundlage einer gesonderten Rechtsgrundlage (z. B. Fahrerlaubnisverordnung, beamtenrechtliche Vorschriften) oder aufgrund einer einzelvertraglichen Vereinbarung durchgeführt.

4.3 Einstellungsuntersuchungen

Einstellungsuntersuchungen werden auf gesonderter Beauftragung des Auftraggebers durchgeführt. Sie dienen der Feststellung der gesundheitlichen Eignung für die vorgesehene Tätigkeit unter Beachtung der einschlägigen beamten- oder tarifrechtlichen Vorschriften.

4.4 Vorsorgekataster

Das beim Auftraggeber bestehende Vorsorgekataster ist durch den Auftragnehmer fachlich zu begleiten und fortzuentwickeln. Dies umfasst insbesondere die Beratung des Auftraggebers hinsichtlich der korrekten Zuordnung der Vorsorgeanlässe zu den jeweiligen Tätigkeiten und Gefährdungen sowie die Einhaltung der Fristen gemäß AMR 2.1.

4.5 Bildschirmarbeitsplatz-Angebotstage

Für Beschäftigte an Bildschirmarbeitsplätzen werden jährlich Angebotsvorsorgen an den Verwaltungsstandorten des Auftraggebers durchgeführt. Im Einzelnen:

- Es sind jährlich bis zu 5 Angebotstage durchzuführen.
- Die Angebotstage sind bis spätestens zum 31. März des jeweiligen Kalenderjahres gemeinsam mit dem Auftraggeber terminlich abzustimmen. Die Durchführung soll gleichmäßig über das Kalenderjahr verteilt erfolgen.
- Die Räumlichkeiten werden durch den Auftraggeber bereitgestellt. Der Auftragnehmer teilt die Anforderungen an die Räumlichkeiten (z. B. Lichtverhältnisse, Ausstattung) rechtzeitig mit.

- d) Die Terminvergabe an die Beschäftigten erfolgt durch den Auftraggeber in Abstimmung mit dem Auftragnehmer.

4.6 Weitere betriebsspezifische Leistungen

Über die vorgenannten Leistungen hinaus können vom Auftraggeber weitere betriebsspezifische Leistungen nach gesonderter Beauftragung abgerufen werden. Hierzu gehören insbesondere:

- a) Begleitung und Beratung bei grundlegenden Veränderungen der Arbeitssysteme oder der Betriebsorganisation (z. B. Umzüge, Neubauten, Reorganisationen).
- b) Aufbau und Implementierung systematischer Gefährdungsbeurteilungen für neue Tätigkeitsbereiche.
- c) Unterstützung bei betrieblichen Gesundheitsinitiativen und Kampagnen (z. B. Gesundheitstage, Impfkaktionen).
- d) Erstellung arbeitsmedizinischer Stellungnahmen und Gutachten auf Anforderung des Auftraggebers.

Für diese Leistungen erstellt der Auftragnehmer auf Anforderung des Auftraggebers ein konkretes Angebot mit Leistungsbeschreibung und Preisangabe. Die Beauftragung erfolgt gesondert und schriftlich durch den Auftraggeber.

5. Dokumentation und Berichtspflichten

5.1 Dokumentation der Einsatzzeiten

Alle Einsatzzeiten sind durch den Auftragnehmer nachvollziehbar zu dokumentieren. Die Dokumentation muss mindestens Datum, Art der Tätigkeit, Dauer und Zuordnung (Grundbetreuung oder betriebsspezifische Leistung) enthalten. Die Dokumentation ist dem Auftraggeber auf Anforderung, mindestens jedoch halbjährlich, in anonymisierter Form zur Verfügung zu stellen.

5.2 Mitteilungspflichten bei Vorsorgen und Untersuchungen

Der Auftragnehmer teilt dem Auftraggeber innerhalb von fünf Werktagen nach Durchführung einer Vorsorge oder Untersuchung mit, ob die jeweilige Person den Termin wahrgenommen hat. Die Mitteilung erfolgt unabhängig vom Untersuchungsergebnis und unter Beachtung der ärztlichen Schweigepflicht.

Das individuelle Ergebnis (Vorsorgebescheinigung, Eignungsbeurteilung) ist der untersuchten Person innerhalb von fünf Werktagen nach Durchführung der Vorsorge bzw. Untersuchung schriftlich mitzuteilen.

5.3 Jährlicher Tätigkeitsbericht

Der Auftragnehmer erstellt jährlich einen arbeitsmedizinischen Tätigkeitsbericht. Der Bericht ist dem Auftraggeber bis spätestens zum 31. März des auf das Berichtsjahr folgenden Kalenderjahres vorzulegen und im Arbeitsschutzausschuss vorzustellen. Der Bericht enthält mindestens:

- a) Übersicht über die erbrachten Einsatzzeiten (Grundbetreuung und betriebsspezifische Leistungen), aufgliedert nach Leistungsarten.
- b) Zusammenfassung der durchgeführten Vorsorgen und Untersuchungen in anonymisierter und statistischer Form.

- c) Ergebnisse der Arbeitsplatzbegehungen mit Darstellung der festgestellten Mängel und des Umsetzungsstands der empfohlenen Maßnahmen.
- d) Wesentliche arbeitsmedizinische Beratungsthemen des Berichtsjahres.
- e) Empfehlungen für den Arbeits- und Gesundheitsschutz im Folgejahr.

5.4 Begehungsprotokolle

Über jede Begehung ist ein schriftliches Protokoll anzufertigen, das die festgestellten Mängel, Gefährdungen und Handlungsempfehlungen mit Prioritätseinstufung enthält. Das Protokoll ist dem Auftraggeber innerhalb von 10 Werktagen nach der Begehung zu übermitteln.

6. Preisblatt

Die Vergütung gliedert sich in die Grundbetreuungspauschale und die Vergütung betriebsspezifischer Leistungen. Die Preise sind Nettopreise zuzüglich der jeweils geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer. Arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen sind gemäß § 4 Nr. 14 UStG umsatzsteuerbefreit.

A. Grundbetreuung

Pos.	Beschreibung	Menge	Einheitspreis € (netto)	Gesamtbetrag € (netto)
1	Betriebsärztliche Grundbetreuung gemäß DGUV Vorschrift 2 (Stundensatz)	374 Std./Jahr		

B. Betriebsspezifische Leistungen

Pos.	Beschreibung	Geschätzte Menge/Jahr	Einheit	Einheitspreis € (netto)	Gesamtbetrag € (netto)
Angebotsvorsorgen gem. ArbMedVV					
2.1	Tätigkeiten an Bildschirmgeräten	386	je Fall		
2.2	Tätigkeiten mit Lärmexposition	10	je Fall		
2.3	Tätigkeiten mit physikalischen Einwirkungen: Im Freien mit Intensiver Belastung durch natürliche UV-Strahlung	23	je Fall		
2.4	Impfberatung für betriebliche Ersthelfende	27	je Fall		
2.5	Angebotsvorsorge nicht gezielte Tätigkeiten mit biologischen Arbeitsstoffen der Risikogruppe 2 oder 3 der Biostoffverordnung, die der Schutzstufe 2 oder 3 der Biostoffverordnung zuzuordnen sind oder für die eine vergleichbare Gefährdung besteht (häufiger direkter Kontakt zu Kindern sowie Ersthelfertätigkeit bei Kindern)	27	je Fall		
2.6	Tätigkeiten mit Gefahrenstoffen: Feuchtarbeit	8	je Fall		
2.7	Tätigkeiten mit Gefahrenstoffen: Krebserzeugender oder keimzellmutagener Gefahrstoff (Anhang Teil 1 Abs. 2 Nr. 2 d).	15	je Fall		
2.8	Tätigkeiten mit physikalischen Einwirkungen: Belastungen des Muskel-Skelett-Systems	15	je Fall		

Pflichtvorsorgen gem. ArbMedVV					
2.9	Nicht gezielte Tätigkeit mit biologischen Arbeitsstoffen: in Notfall- und Rettungsdiensten	14	je Fall		
2.10	Nicht gezielte Tätigkeiten in Tuberkuloseabteilungen und anderen pulmologischen Einrichtungen	2	je Fall		
2.11	Tätigkeiten, die das Tragen von Atemschutzgeräten der Gruppe 2 und 3 erfordern	5	je Fall		
2.12	Nicht gezielte Tätigkeiten: Kontakt zu Hepatitis A und B (Titerbestimmung Hepatitis B; Immunität Hepatitis A; Impfung Hepatitis A und B)	8	je Fall		
2.13	Nicht gezielte Tätigkeiten mit einem biologischen Arbeitsstoff: in einem Tollwut gefährdeten Bezirk: Tätigkeiten mit regelmäßigem Kontakt zu frei lebenden Tieren hinsichtlich Tollwutvirus	5	je Fall		
2.15	Nicht gezielte Tätigkeiten mit biologischen Arbeitsstoffen: Auf Freiflächen, in Wäldern, Parks und Gartenanlagen, Tiergärten und Zoos	27	je Fall		
2.16	Gezielte Tätigkeiten in Einrichtungen zur Aufzucht und Haltung von Vögeln oder zur Geflügelschlachtung: regelmäßige Tätigkeiten mit Kontaktmöglichkeit zu infizierten Proben oder Verdachtsproben, zu infizierten Tieren oder krankheitsverdächtigen Tieren beziehungsweise zu erregerhaltigen oder kontaminierten Gegenständen oder Materialien, wenn dabei der Übertragungsweg gegeben ist, hinsichtlich Chlamydophila psittaci (aviäre Stämme)	5	je Fall		
2.17	Tätigkeiten mit Gefahrenstoffen: Feuchtarbeit	75	je Fall		

2.18	Tätigkeiten mit Exposition gegenüber Getreide- und Futtermittelstäuben bei Überschreitung einer Luftkonzentration von 4 Milligramm pro Kubikmeter einatembarem Staub	8	je Fall		
2.19	Nicht gezielte Tätigkeit mit biologischen Arbeitsstoffen: In Kläranlagen oder in der Kanalisation	74	je Fall		
2.20	Tätigkeit mit physikalischen Einwirkungen: Lärmexplosion	15	je Fall		
Eignungsuntersuchungen gem. ArbMedVV					
2.21	Fahr-, Steuer-, Überwachungstätigkeiten	17	je Fall		
2.22	Tätigkeiten, die das Tragen von Atemschutzgeräten der Gruppe 3 erfordern	2	je Fall		
Wunschvorsorgen gem. ArbMedVV					
2.23	Wunschvorsorgen gemäß ArbMedVV (je Vorsorge)	5	je Fall		
Sonstige Vorsorgen und Untersuchungen					
2.24	Einstellungsuntersuchungen (je Untersuchung)	ca. 100	Fall		
2.25	Bildschirmarbeitsplatz-Angebotstage (je Tag, inkl. Vor- und Nachbereitung)	Bis zu 5	je Angebotstag		
2.26	Sonstige arbeitsmedizinische Leistungen (Stundensatz)	nach Bedarf	pro Stunde		auf Abruf

C. Gesamtübersicht (geschätzte Jahreskosten)

Position	Betrag € (netto)
Grundbetreuung (Pos. 1)	
Betriebsspezifische Leistungen (Pos. 2.1–2.25 geschätzt)	
Summe netto	
zzgl. USt. (soweit anfallend)	
Geschätzte Gesamtkosten brutto	

Hinweis: Die geschätzten Jahresmengen dienen ausschließlich der Vergleichbarkeit der Angebote. Ein Anspruch auf Beauftragung in der genannten Höhe besteht nicht. Die tatsächliche Vergütung richtet sich nach den tatsächlich beauftragten und erbrachten Leistungen.